

„Dann bricht alles zusammen“

Als Hellsbringer wurde die D-Mark in der DDR gefeiert, doch erst mal bringt das neue Geld Unheil übers Land – die Wirtschaft steht vor dem Kollaps, Wirtschaftsexper-

ten befürchten ein Millionenheer von Arbeitslosen. Bundesdeutsche Unternehmen scheuen, allen Ankündigungen zum Trotz, nötige Großinvestitionen in der DDR.

Der Gang zur Bank schien für den Betriebsdirektor des Ost-Berliner VEB Stern-Radio reine Routine. Lediglich die Lohnzahlungen seiner Belegschaft für den Monat Mai wollte Peter Andree absprechen – rund drei Millionen Mark, wie jeden Monat. Kein Problem, eigentlich. Bislang galt der Betrieb als guter Kunde.

Doch das Gespräch lief anders als sonst. Kühl teilte der zuständige Bank-Angestellte dem VEB-Direktor mit, daß er die benötigten Gelder nicht überweisen werde. Im Gegenteil – die laufenden Kredite seien sofort fällig, alles in allem rund 200 Millionen Mark.

Vergebens drohte Andree, seinen Betrieb von der Belegschaft besetzen zu lassen, um „die berechtigten Forderungen der Werktätigen“ durchzusetzen. Mit solchen Demonstrationen, hieß es lapidar, lasse sich kein Geld erpressen.

Schneller als befürchtet steht der einzige DDR-Hersteller von Kassettenrecordern vor dem Ende. Gekommen allerdings wäre die Pleite ohnehin. Seit Wochen schon produzieren die 3000 Stern-Mitarbeiter Geräte, die sich nicht verkaufen lassen. Die Lager sind vollgestopft mit der Ware.

Die Kundschaft, in freudiger Erwartung von Währungsunion und Einheitsmarkt, verlangt Markenfabrikate aus dem Westen. Ob Recorder aus der Hauptstadt oder Waschmaschinen aus Schwarzenberg, ob Schuhe aus dem Kombinat Weißenfels oder Trikotagen aus Chemnitz – der Handel im zweiten deutschen Staat nimmt kaum noch Ware aus DDR-Produktion an.

Arbeitnehmer aus Schuhbetrieben gehen bereits auf die Straße. Ihre Betriebe stehen vor dem Zusammenbruch. Schuhe aus heimischer Produktion wollen die DDR-Bürger nicht mehr tragen, die Lager der Produzenten sind vollgestopft mit Schuhkartons. 42 000 Arbeitsplätze sind schon in nächster Zeit gefährdet.

Selbst die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften haben Ab-



Unser Arbeitsplatz – Kampfplatz für den Frieden!

Schuhproduktion in der DDR*: Unrettbar am Abgrund



Trabi-Lager in Zwickau: Die Unternehmer werden einem Wechsel unterworfen, der

* VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“ in Weißenfels.



Streikende Schuharbeiter in Weißenfels: Zwischen Apathie und Panik



brutaler kaum über eine Wirtschaft kommen kann

satzprobleme. West-Molkereien und -Fleischhändler sind schon da. Übers Fernsehen appellierte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière vergangene Woche an die DDR-Bürger, Nahrungsmittel aus eigener Produktion zu kaufen: „Unsere Waren sind nicht schlechter, sie sehen nur nicht so schön aus.“

Wochen bevor die D-Mark auch offiziell die Leitwährung im deutschen Zweitstaat wird, überschwemmen West-Waren bereits das Land. Konsumgüter „made in GDR“ finden keine Käufer mehr, es gibt Besseres von drüben – vom Radio bis zum Schokoriegel.

Seit Anfang April stehen in den Hallen der Ost-Berliner Süßwarenfabrik Elfe die Schokoladenmaschinen still. Die Lager sind gefüllt mit leicht verderblichen Tafeln und Pralinen. Lustlos stapeln ein paar Arbeiter Kartons um. Die meisten Kollegen der Spätschicht hat die Betriebsleitung nach Hause geschickt.

„Am 30. Juni ist hier Schluß für mich, nach 30 Jahren“, sagt eine ältere Arbeiterin. Sie hat, wie hundert andere Kollegen und Kolleginnen auch, Mitte April die Kündigung bekommen. Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz gibt es kaum.

„Mit westlichen Produkten können wir weder preislich noch qualitativ mithalten“, klagt Elfe-Direktor Gerhard König. Verzweifelt sucht er nach einem Partner im Westen. Auf seinem Schreibtisch liegt die Visitenkarte eines Nestlé-Managers, der vor einigen Tagen vorbeigeschaut hat.

Doch die Aussicht, mit dem Schweizer Konzern ins Geschäft zu kommen, ist gering. Die westlichen Süßwarenfirmen sehen die DDR vor allem als Markt; Kapazität für die zusätzliche Produktion haben sie in der Regel in den eigenen Fabriken.

Der Kampf um den Markt der DDR ist längst im Gang – ein Kampf, bei dem die Betriebe des einstigen SED-Staates als Verlierer feststehen. Sieben von zehn DDR-Firmen, schätzen inzwischen auch Experten in Bonner Ministerien, haben kaum Chancen, in der Marktwirtschaft zu bestehen.

Dieter Voigt, Generaldirektor des Ifa-Kombinats Personenkraftwagen in Chemnitz, warnt bereits seit Monaten vor dem drohenden Kollaps der östlichen Wirtschaft. Von den rund 150 000 Arbeitsplätzen der heimischen Automobilindustrie, bei der Ifa und bei den zahlreichen Zulieferern, sieht Voigt 100 000 höchst gefährdet.

Voigt hält nicht für ausgeschlossen, daß in seinem Land zeitweise bis zu vier Millionen Menschen ohne Arbeit sind – das wäre nahezu jeder zweite Arbeitnehmer. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in West-Berlin rechnet mit einer Million Beschäftigungslosen,

der Dresdner Wirtschaftswissenschaftler Albert Jugel mit zwei bis dreieinhalb Millionen.

Zahlenspiele sind dies, kein noch so schlauer Ökonom kann voraussagen, was genau über die Wirtschaft und Gesellschaft der DDR kommen wird.

Doch absehbar ist, daß der einstige Arbeiter-und-Bauern-Staat vor Beschäftigungsproblemen steht, wie sie in Deutschland seit den ersten Nachkriegsjahren nicht mehr zu bewältigen waren; daß die Wirtschaft des östlichen Deutschland in weiten Teilen unrettbar am Abgrund steht.

Alle Sicherheit ist geschwunden. Die DDR-Bürger zittern nicht nur um ihre Jobs und ihre Einkommen; sie bangen um den Verbleib in ihren billigen Wohnungen; sie fürchten die Geschäftsmacher aus dem Westen, die ihr Land auf Marktwirtschaft trimmen. Das Volk der DDR – ein Volk in Panik.

Manche werden schnell hochkommen, doch für viele andere wird der Einzug der Deutschmark-West kein Triumphzug, sondern ein Trauerspiel. So mancher, der bei seiner Stimmabgabe für die CDU am 18. März glaubte, die starke Mark gewählt zu haben, dürfte wohl erst jetzt begreifen, welche Abenteuerreise er da gebucht hat.

Das Wohlstandssymbol D-Mark sichert vielen zunächst nicht den schnellen Wohlstand, sondern sorgt für die befürchtete Arbeitslosigkeit, jene Plage, die ihnen die SED-Propagandisten jahrelang als unvermeidliches Übel des Kapitalismus ausgemalt haben.

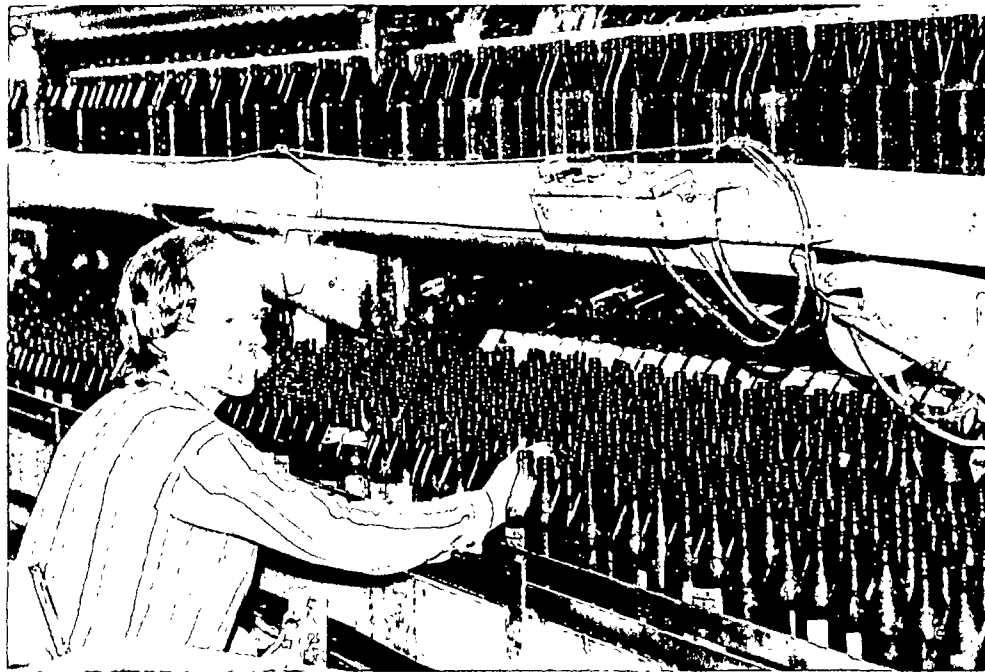
Der vermeintliche Heilsbringer D-Mark erweist sich den Betroffenen zunehmend als Unheil: Alles Bestehende, der kleine Wohlstand der miefigen DDR, zerfällt. Neue Orientierungen sind nicht auszumachen, nur die Aussicht auf westlichen Lebensstandard irgendwann in unbekannter Zukunft.

Die Folgen allerdings sind bereits jetzt spürbar. Die einen, leidgeprüft und durch nichts mehr zu erschüttern, verfallen in Apathie; die anderen, von Existenzängsten geschüttelt, geraten in Aufregung.

Die Erregung über den Umtauschkurs – ob 3:1, 2:1 oder 1:1 – lieferte einen Beleg für die psychische Befindlichkeit der DDR-Deutschen. Für viele gerieten diese Zahlen zum Gradmesser ihres künftigen Lebensstandards, zum Indikator von Glück oder Unglück.

Nur wenige begriffen, daß diese Daten mehr rückwärts als vorwärts gewandt sind, daß sie nach dem 2. Juli reichlich unbedeutend sein werden. Gewiß, die Sparer wollten wissen, was ihnen von ihren Einlagen erhalten bleibt; die Alten, wieviel sie an Rente erwarten dürfen.

Doch die Debatte über die entscheidende Größe, die Löhne, offenbarte merkwürdige Denkstrukturen. Löhne



Brauereiarbeiter in Ost-Berlin: 80 Prozent der Arbeitsplätze gefährdet

sind, anders als Sparguthaben, keine Bestands-, sondern Fließgrößen. Ob Arbeitnehmereinkommen am 2. Juli, dem Tag der deutschen Währungseinheit, 2:1 oder 1:1 in die neue Mark-Zeit überwechseln, besagt ziemlich wenig. Entscheidend ist vor allem, was der löhnende Betrieb am 1. August oder am 1. September zahlen kann: mehr, weniger oder, da bankrott, gar nichts mehr.

An der Höhe der zukünftigen Einkommen hängen die zukünftigen Ersparnisse; an dieser Größe orientieren sich letztlich auch die Renten.

1:1 oder 2:1 gilt, wie der Dresdner Bank-Chef Wolfgang Röllner vermerkte, am Tag der Umstellung nur für eine „logische Sekunde“. Danach herrscht der Markt mit all seinen Unwägbarkeiten; danach wird nicht mehr umgerechnet, sondern nur noch 1:1 gezählt – eine D-Mark im Osten ist soviel wert wie im Westen.

Es ist ein Wechsel, der brutaler wohl kaum über eine Wirtschaft kommen kann. Denn in der DDR wird nicht nur von heute auf morgen eine Zentralverwaltungswirtschaft durch eine Wettbewerbswirtschaft ersetzt, nicht nur ein System mit behördlich vorgeschriebenen Preisen durch freien Handel abgelöst. Dies geschieht auch in anderen Ländern des Ostens, vornehmlich in Polen oder Ungarn.

Die Deutschen in West und Ost müssen weit mehr wagen, als ein solcher in der Geschichte bislang nicht erprobter Systemwechsel darstellt: Sie lassen, ohne jede schonende Übergangszeit, die Wirtschaftsgrenzen zwischen zwei Ländern mit völlig unterschiedlicher Leistungskraft fallen – und setzen damit die abgewrackten DDR-Unternehmen einer un-

gleich stärkeren, kraftstrotzenden West-Industrie aus. Ein Doppelsalto ohne Netz.

Daß die DDR bei dieser Übung tief stürzen kann, daß der deutsche Bruderstaat aufwendige Rettungsdienste bereitzustellen hat – darüber redet die bundesdeutsche Elite in Politik und Wirtschaft nur ungern. Optimismus in Sachen DDR ist vaterländische Pflicht.

Heinrich Franke, Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, hält es „für unverantwortlich, Arbeitslosenzahlen in Millionenhöhe in die Welt zu setzen“. 100 000 bis 300 000, das sei die Zahl, mit der er rechne.

Auf dem Bankentag vorvergangene Woche in Bonn versuchten sich die Geldmanager gegenseitig mit Zuversichts-Parolen zu übertreffen. Steigende Zinsen, höhere Steuern der DDR wegen – für die Banker alles kein Thema. Die D-Mark, jenes Wunderding, soll alles richten. Wer Zweifel an all den schönen Verheißungen zu äußern wagt, sieht sich als Defätist ertappt.

„Jetzt ist nicht die Zeit der Kleinkrämer und Bedenkenträger“, zitierte Finanzminister Theo Waigel (CSU) in der Bonner Beethovenhalle den Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl (SPD). Die Geldmanager applaudierten.

Private Investitionen aus dem Westen sollen die Wirtschaftswende im Osten zu einer Erfolgsstory machen. Und tatsächlich – zu Tausenden sind die bundesdeutschen Manager nach dem 9. November in jenes unbekannte Land namens DDR aufgebrochen; täglich gingen und gehen die Meldungen über Abkommen jeder Art über die Tische der Wirtschaftsredaktionen.

Viel Lärm um wenig. Die Westler lockte, kurzfristig, der gewaltige Bedarf einer Bevölkerung, die jahrzehntelang zum Konsumverzicht gezwungen war. Langfristig wollten sie mit Hilfe ihrer DDR-Partner die nahezu unerschöpflich scheinenden Märkte des Ostens erschließen.

„Das Denken hat versagt“, stellt heute ein DDR-kundiger Unternehmensberater nüchtern fest. Er wird immer wieder eingeladen, um vor Unternehmern über die Chancen von Investitionen zu referieren. Doch sosehr er sich auch müht – es fallen ihm keine ein.

Selbst Kurt Kasch, als Vorstand der Deutschen Bank Berlin anders als die Vorstände aus der Frankfurter Zentrale nahe am Geschehen, sieht aus Kapazitätsgründen „auf kurze Sicht keinen zwingenden Grund, in der DDR zu investieren“. Das erkennen inzwischen auch jene, die sich von der Anfangsbegeisterung haben hinreißen lassen.

Im ersten Hochgefühl übersahen viele Unternehmer, daß sie einen Markt gewannen, der ungefähr so groß ist wie Nordrhein-Westfalen. Kein verantwortungsvoller Manager würde auf die Idee kommen, allein für eine solche Region Produktionsstätten für Personalcomputer zu bauen, keiner würde allein für ein solches Bundesland eigene Automobilwerke errichten.

Was die konsumhungrigen Menschen in der DDR brauchen, können die bundesdeutsche Wirtschaft und die Partner auf den Weltmärkten quasi nebenher fertigen. Nur wenige Branchen benötigen in wirklich großem Umfang neue Kapazitäten. Aber warum, wenn nicht aus nationaler Gefühlsduselei,

sollten sie diese zusätzlichen Produktionen ausgerechnet in der DDR errichten?

Stern-Radio-Direktor Andree hat inzwischen die Hoffnung aufgegeben, einen West-Partner zu finden. „Zuhauf kamen Interessenten zu uns“, sagt er resigniert, „doch mehr als freundliche Worte haben wir nicht bekommen.“

Dabei gehört Stern-Radio zu den modernen Betrieben der DDR. Erst 1985 wurde ein 600 Millionen Mark teures Montagewerk gebaut. Doch fürs Weltniveau müßten die Fertigungsstätten nochmals umgerüstet werden. Kein West-Manager will sich auf das Wagnis einlassen. Ehe in der DDR die ersten Geräte vom Band laufen würden, hätte die Konkurrenz mit importierter Ware den Markt längst unter sich aufgeteilt.

So wird der Noch-Staat als purer Verkaufsmarkt mit 16 Millionen Konsumenten gesehen, den es nur ordentlich zu bedienen gilt. Firmen wie der Heimwerkermarkt Max. Bahr aus Hamburg oder der Handelskonzern Karstadt bieten in DDR-Städten bereits ganze Warensortimente aus dem Westen an.

Die Brutalität, mit der die Verkäufer aus dem Westen zu Werke gehen, die Rücksichtslosigkeit gegenüber der heimischen Industrie ist selbst manchem

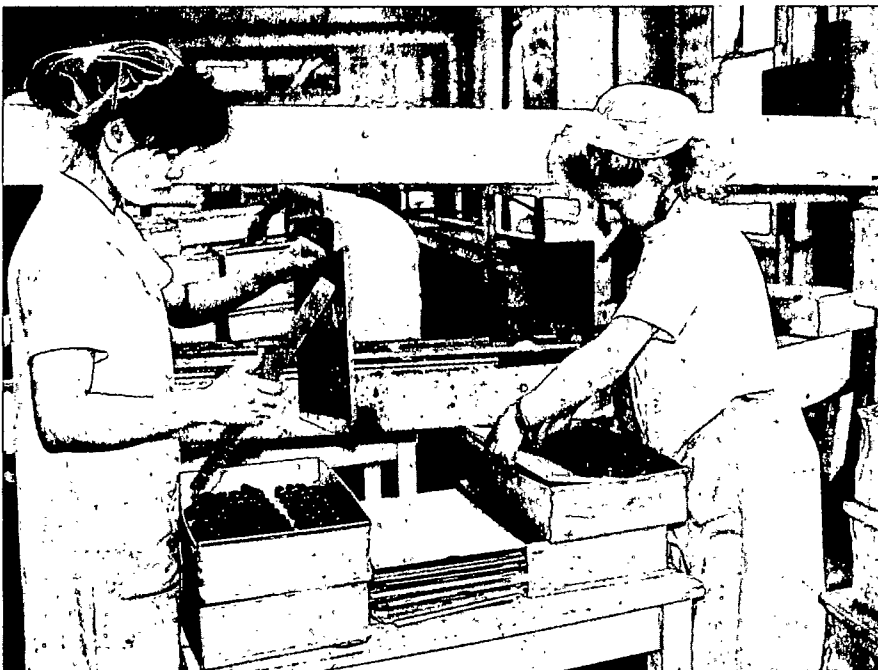
hartgesottenen West-Unternehmer inzwischen peinlich.

Er sei „erschüttert über die Aggressivität“, klagt Paul Greineder, Chef der Münchner Löwenbräu AG, mit der westdeutsche Bierproduzenten in die DDR eindringen. Von den 108 DDR-Brauereien haben nach Greineders Schätzung „100 bis 102 keine Lebenschance mehr“, wenn die bundesdeutsche Konkurrenz anrücke. Löwenbräu freilich ist mit von der Partie.

Manfred Siebert, Direktor einer Ost-Berliner Brauerei, sieht bis zu 80 Prozent der 42 000 Arbeitsplätze in der DDR-Getränkeindustrie gefährdet. Nicht nur Bier, auch Limonaden der internationalen Multis, wie „Fanta“, „Coke“ oder „Pepsi“, werden schon bald via Lkw ins Land kommen.



Elfe-Direktor König: Absage von Nestlé



Arbeiterinnen in der Pralinenherstellung: Hundert wurden gekündigt

Ökologische und ökonomische Altlasten schrecken Investoren zusätzlich ab. Die Grundstücke, auf denen DDR-Fabriken stehen, sind zum Großteil veräußert. Wer als Partner bei Ost-Betrieben einsteigt, muß möglicherweise für die Schulden einstehen, die das alte Regime den Kombinat aufdrückte. Wem Grund und Boden gehört, ist zudem meist unklar.

Zu gewinnen haben industrielle Investoren in der DDR deshalb nicht viel, zu verlieren eine Menge – Geld, aber auch Ansehen. Sie wären, wenn die harte Sanierungsarbeit beginnt, die bösen Kapitalisten, die zu Tausenden Arbeitnehmer auf die Straße setzen.

Allmählich wird zur Gewißheit, daß die Kombinate von Kooperationen und Gemeinschaftsfirmen, über die monatelang in den West-Medien jubiliert wurde, wenig zu erwarten haben. Viele schöne Absichtserklärungen werden vergessen sein.

Der Wettbewerb der Länder, die nach Auslandsinvestitionen lechzen, ist groß. Portugal und Spanien haben langfristig

wohl weit niedrigere Lohnkosten zu bieten als Sachsen oder Thüringen im vereinten Deutschland. Der begehrte Ostmarkt läßt sich künftig vielleicht besser von Ungarn oder Polen aus bedienen.

Die bundesdeutschen Wirtschaftsführer könnten ehrlicher sein, anders handeln können sie kaum. Sie sind ihren Aktionären verpflichtet, nicht dem Gemeinwohl. „Man kann die Unternehmer nicht zwingen“, sagt Banker Kasch, „ökonomische Gesetze über Bord zu werfen.“

Was betriebswirtschaftlich richtig sein mag, kann volkswirtschaftlich schnurstracks in die Katastrophe führen. Westliche Manager wissen das, manche versuchen wenigstens dem Anschein nach Konsequenzen zu ziehen.

Gerade Großkonzerne fühlen sich „politisch in die Pflicht genommen“, wie ein Manager von Daimler-Benz sagt. Ein Unternehmen wie Daimler mag sich

hängt wohl auch davon ab, wie die Ifa die Daimler-Zulieferung bezahlen will. Denn tatsächlich handelt es sich um eine ganz normale Kunden-Lieferanten-Beziehung.

Was daraus einmal wird, weiß niemand. Eine Gemeinschaftsfirma, im Neu-Deutschen Joint-venture genannt, ist angepeilt, soll aber allenfalls langfristig verwirklicht werden. Zunächst wird geklärt, wie der Preis des Ifa-Lasters gedrückt werden kann. Die Herstellung des Zwölftonnners verschlingt stolze 120 000 Mark Produktionskosten; ein gleich großes West-Modell, technisch besser ausgerüstet, ist schon für die Hälfte zu haben.

Viel Rauch, wenig Feuer bei allem, was im DDR-Automobilbau geschieht. VW-Lenker Carl Hahn und Opel-Chef Louis Hughes genossen zwar den Beifall, den ihnen die Öffentlichkeit nach der Verkündung ihrer geplanten Ge-

Entsprechend gedrückt ist die Stimmung vor Ort. „Arbeitslosigkeit gehört zur kapitalistischen Marktwirtschaft wie der Altar zur Kirche“, so ein junger Arbeiter resigniert, „das habe ich nun gelernt, aber warum muß es gerade mich treffen?“ Wenn er den Job hier los sei, sagt er, bleibe ihm wohl nur der Weg in den Westen: „Wo soll ich denn sonst Arbeit finden?“

Wie VW wußten auch viele andere West-Firmen nicht, auf welches Abenteuer sie sich einließen. Erst jetzt schicken sie ihre Unternehmensberater und Wirtschaftsprüfer in die Betriebe. Deren Expertisen sind erschreckend: Die tatsächliche Lage der Kombinate, so zeigt sich jetzt, ist weitaus trostloser als bislang angenommen.

BMW-Chef Eberhard von Kuenheim hat seine Leute in das Autowerk in Eisenach entsandt, vor dem Krieg eine BMW-Fabrik. Die Münchner Ingenieure verglichen die heutigen Anlagen mit Bildern von früher. Resultat laut von Kuenheim: „1928, 1930 sahen die Werke moderner aus. Da ist alles verrottet.“ Den Kollegen aus Rüsselsheim, die für Eisenach Interesse bekundet hatten, wünscht von Kuenheim sarkastisch „sehr viel Glück“.

25 Kombinate kennt Deutsch-Banker Kasch durch eigenen Augenschein, 18 hat die Deutsche Bank durch ihre Unternehmensberatung Roland Berger analysieren lassen. Nun fragt sich Kasch, „ob es überhaupt einen Bereich gibt, der, streng betriebswirtschaftlich gesehen, Gewinne schreibt“.

Viel mehr als Meißner Porzellan und die international renommierten Jagdwaffen aus Suhl werden da wohl kaum zu finden sein.

Die Stahlfirmen der DDR zählen die West-Experten noch zu den überlebensfähigen Industrien. Doch auch dort arbeiten zu viele Menschen: Von den 80 000, die in Eisenhüttenstadt oder Brandenburg angestellt sind, ist laut dem Essener RWI-Institut wohl die Hälfte überflüssig.



Gefährdete Robotron-Computer, Chef Wokurka: Die Schulden sollen ...

dieser Pflicht nicht entziehen, aber es entledigt sich ihr auf eigene Weise.

Vor Weihnachten erst begannen die Gespräche zwischen Mercedes-Benz und dem Ifa-Kombinat Nutzkraftwagen in Ludwigsfelde bei Berlin, schon in der vergangenen Woche wurde, im Beisein des Daimler-Vorstands Werner Niefer, der erste Prototyp eines gemeinsamen Lastwagens vorgestellt – Auftrag erfüllt, Reaktion positiv.

Das Risiko hält sich in Grenzen: Einem bereits vorhandenen Ifa-Lkw wird ein Mercedes-Fahrerhaus aufgesetzt. Für das Fahrerhaus war, als der DDR-Lastwagen entwickelt wurde, von Ost-Berlin kein Geld genehmigt worden.

Wann das Gemeinschaftsprodukt in Serie geht, ist allerdings offen. Das

meinschaftsprojekte spendete.

Doch das Ergebnis ist bescheiden. Im nächsten Jahr will etwa VW gerade 1000 Ifa-Mitarbeiter mit der Montage von Polos bei Zwickau beschäftigen. Bis dort eine komplette Produktion beginnen kann, vergehen Jahre.

Die 11 500 Ifa-Leute, die bislang in Zwickau noch immer Trabis zusammenbauen, werden ebenso wie Tausende in den Zulieferbetrieben schon in einigen Monaten keine Arbeit mehr haben.



DDR-Qualitätsprodukt Meißner Porzellan
... gestrichen werden



Mercedes-Benz-Chef Liefer*: Eine ganz normale Kunden-Lieferanten-Beziehung

Demnächst müssen alle Betriebe eine Eröffnungsbilanz in D-Mark vorlegen. Werden dabei tatsächlich westliche Maßstäbe angelegt, sind sie schon in der Stunde Null pleite.

Das ist nicht die Schuld der Kombinate und ihrer Generaldirektoren. Jahrzehntlang wurden die Betriebe vom Staat ausgesaugt. Gewinne, wenn sie denn überhaupt erwirtschaftet wurden, mußten die Manager auf Heller und Pfennig abliefern; es blieb meist nicht einmal Geld für nötige Reparaturen.

Reich sind die Kombinate nur auf dem Papier. Ihre Bilanzen weisen ein gewaltiges Anlagevermögen auf. Beim Filmproduzenten Orwo in Wolfen bei Bitterfeld etwa gehört neben den meist alten Fabrikanlagen das städtische Theater ebenso zu den Aktiva wie Sportplätze, Ferienheime und Krankenhäuser. Das mußte so sein, denn auf der anderen Seite des Rechenwerkes stehen gewaltige Schulden.

Die Schulden sind real, das Vermögen ist purer Schein: Total veraltete Maschinen stehen noch jetzt zu enormen Werten in der Bilanz, aus dem Westen importierte Anlagen mit dem willkürlichen Faktor 4,4 vervielfacht, schwer verkäufliche Lagerbestände als ordentliches Ver-

mögen ausgewiesen. Tatsächlich sind die Maschinen größtenteils Schrott, die Lagerbestände, in den Zeiten der Mangelwirtschaft gehortet, nichts mehr wert.

Abschreibungen in großem Stil werden nötig sein, aber dann sind die Unternehmen noch schlimmer überschuldet. Die Verbindlichkeiten wie vorgesehen 2 : 1 abzuwerten, also zu halbieren, hilft den Unternehmen nicht viel; sie müssen mit Schulden in die Marktwirtschaft gehen, für die sie nichts können.

Friedrich Wokurka, der Chef des Elektronik-Kombinats Robotron, dessen Produkte im Markt kaum bestehen werden, fordert – wie andere Generaldirektoren auch –, die Schulden zu streichen. Die DDR-Betriebe brauchen, da das West-Kapital ausbleibt, dringend Geld.

Doch kreditwürdig sind sie nicht, solange ihnen die Altlasten nicht abgenommen werden. Wie sollen sie da ihre veraltete Produktion modernisieren, wie ein wettbewerbsfähiges Vertriebssystem aufbauen?

Sie haben keine Zeit, und sie haben kein Geld. Und viele haben ohnehin keine Chance.

Hoffnung, wenigstens halbwegs im Geschäft zu bleiben, machen sich Unternehmen, die einen Großteil ihrer Produkte in andere Ostblockstaaten exportieren; das sind vor allem die Maschi-

nenbaufirmen. „Der Handel mit der Sowjetunion bleibt ein wichtiges Standbein unserer Industrie“, erklärt Martin Dube, Staatssekretär im Ost-Berliner Wirtschaftsministerium. Auch nach der Währungsumstellung im Juli werde das Geschäft weitergehen, weil die Bezahlung, genau wie früher, zum größten Teil durch Warenaustausch erfolge.

Doch selbst der Handel mit den Comecon-Brüdern bröckelt. Betriebsdirektor Peter Klopsch vom Stammhaus des Ost-Berliner Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober“ hat die Unsicherheiten des Ostmarktes schon zu spüren bekommen. In den vergangenen Monaten sind mehrere Aufträge geplatzt.

Klopsch: „Selbst im bislang für uns so sicheren Markt Sowjetunion läuft gegenwärtig kaum mehr etwas.“ Noch zur Leipziger Herbstmesse, so der Betriebschef, sei bei ihm der stellvertretende Luftfahrtminister der Sowjetunion „persönlich vorstellig geworden“, um zehn Schleifmaschinen zu bestellen. Im April nun hätten die Russen diesen Auftrag storniert, ebenso wie andere Order.

Die Kassen der Sowjetfirmen sind leer, vermutet Klopsch. Und auch die Polen, Ungarn und Bulgaren seien „schlichtweg klamm“. Dennoch habe sein Betrieb keine akuten Absatzsorgen: „Wir haben Verträge für die nächsten

* Donnerstag vergangener Woche beim Besuch des Ifa-Kombinats in Ludwigsfelde.

acht Monate, damit liegen wir im Schnitt der Investitionsgüterbranche.“

Wer allerdings, wie die gesamte Elektronikbranche von Stern-Radio bis Robotron, um Jahre zurückhinkt, kann das Experiment Marktwirtschaft von vornherein abhaken. Wer, wie die Betriebe der chemischen Industrie, vornehmlich umweltschädigend Minderwertiges produziert, wird ohnehin nicht überleben. Plaste und Elaste aus Schkopau können gegen Konkurrenzprodukte ebensowenig bestehen wie die Farbnegativfilme Marke Orwo, die technisch derart überholt sind, daß sie im Westen kaum noch entwickelt werden können.

Das Schlimme ist, daß es für die antiquierten Produkte keine schnellen Alternativen gibt; daß mit diesen Produkten Hunderttausende von Arbeitsplätzen verschwinden.

Die verzweifelten Betriebsleitungen forderten lautstark Subventionen, und das sind keine Kleinigkeiten. Für das Fischkombinat in Rostock beispielsweise müßten in diesem Jahr dreistellige Millionenbeträge aufgebracht werden. Dort sind Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet, weil die Fischdosen einen viel zu hohen Produktionspreis haben.

Ein drastisches Beispiel ist dieses Kombinat an der Ostseeküste, aber keineswegs ein Ausnahmefall. Rund 5 Mark kostet die Herstellung pro Konserve, vom aufwendigen Fischfang mit zum Teil veralteten Trawlern im Atlantik bis zur Verpackung in Rostock. Verkauft werden die Dosen zum gleichen Preis wie in den fünfziger Jahren: für 1 Mark

bis 1,50 Mark. Die Differenz kam bislang als Subvention aus dem Staatshaushalt. Doch damit soll es mit Einführung der D-Mark vorbei sein.

Fünf Jahre Zeit brauche das Kombinat mit seinen 15 500 Beschäftigten, 23 Hochseetrawlern und Dutzenden von Betrieben, so die Pläne des Generaldirektors Günter Ubl, um seine Fangflotte zu halbieren und wenigstens ein Drittel der Belegschaft abzubauen. So lange müßten die gewohnten Subventionen weiterfließen.

Doch bislang bekommt Ubl nicht einmal drei Millionen Mark Kredite, um neue Maschinen anzuschaffen, mit denen die Verpackung der Fischprodukte auf West-Standard gebracht werden könnte. Bei westlichen Banken gilt das verschuldete Großunternehmen nicht als kreditwürdig, weil Grund und Boden als Volkseigentum nicht verpfändbar ist.

„Wenn wir nicht geschützt werden“, droht Ubl, „dann bricht hier alles zusammen.“

Noch ist es nicht soweit, noch liegen die Arbeitslosenzahlen in der DDR beidenswert niedrig. Kaum mehr als 60 000 Menschen werden derzeit republikweit offiziell als beschäftigungslos gemeldet. In Leipzig etwa sind nur rund 1300 Arbeitslose registriert, bei – statistisch – mehr als 2000 offenen Stellen.

Der schöne Schein trügt. Auf dem Leipziger Arbeitsamt, das seit ein paar Wochen in einem ehemaligen Stasi-Gebäude untergebracht ist, drängen sich von Entlassung bedrohte Bürger. Tausende wissen bereits, daß sie spätestens

in ein, zwei Monaten ihren Job verlieren. „An manchen Tagen“, schildert Amtsleiterin Utta Gießner, „ist die Stimmung auf den Fluren explosiv, bei vielen, die zu uns kommen, sind die Existenzängste spürbar.“

Helfen können die Mitarbeiter auf dem Arbeitsamt, deren Zahl bis zum Jahresende von jetzt 30 auf dann 400 wachsen soll, den Hilfesuchenden kaum. Vermittelbare Stellen in nennenswerter Zahl gibt es nicht, Umschulungsprogramme, etwa Computerkurse oder Buchhaltungslehrgänge, laufen erst langsam an. Die meisten Arbeitsämter wissen noch gar nicht, auf was sie ihre Klientel eigentlich umschulen sollen.

In der gesamten Republik versuchen Betriebe ihre älteren Mitarbeiter in den Vorruhestand zu schicken. Frauen ab 55, Männer ab 60 Jahren – das hatte noch die Regierung Modrow beschlossen – können „aus gesundheitlichen Gründen“ mit 70 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens in Rente gehen. Freiwillig, versteht sich.

Den eigenen Wünschen wird kräftig nachgeholfen – meist bei Frauen mit dem Hinweis, daß der Mann als Doppelverdiener ja noch arbeiten könne. „Das grenzte schon an Nötigung“, empört sich eine Arbeiterin aus Leipzig. Der Betriebsleiter sagte ihr lapidar, für sie sei sowieso kein Platz mehr in der Fabrik.

Wie viele Arbeitnehmer auf diese Weise ihren Job verlieren, ist noch nicht auszumachen. Rund 100 000 bis 200 000 könnten es leicht werden. Daß sie der Rentenkasse, die schon in Kürze aus der Bundesrepublik genährt wird, zur Last fallen, darf als sicher gelten.

Die DDR-Bürger wissen, was auf sie zukommt. Sie kennen die Situation ihrer Betriebe, die Sprüche von Muntermachern verfassen nicht mehr. Für die Politiker wird es da immer schwieriger, Siegeszuversicht zu verbreiten.

„Die alten Strukturen fallen zusammen“, räumt DDR-Wirtschaftsstaatssekretär Dube ein, „ohne daß die neuen schon sichtbar sind.“ Natürlich müsse es mehr Orientierungshilfe auch aus seinem Ministerium geben.

Angst macht sich breit in den Führungsetagen der Hauptstadt. Der Apparat ist mit seiner Aufgabe überfordert. Versprochene Hilfskräfte in Sachen Marktwirtschaft kommen nur spärlich.



DDR-Politiker Pohl, de Maizière, Berater Pieroeth: Der Apparat ist überfordert



Westlicher Heimwerkermarkt in Dresden: Lieber verkaufen als investieren

„Am Anfang war mal die Rede davon, daß 150 Leute aus dem Bonner Wirtschaftsministerium zur Unterstützung hier arbeiten sollten“, so erzählt ein frustrierter Abteilungsleiter. Angereist seien bislang lediglich zwei Bonner Beamte. Der Unmut in der Ost-Regierung über die Bonner Zögerlichkeit wächst.

Auch das eigene Unvermögen ist stets präsent, in Person: Gerhard Pohl. Der unerfahrene DDR-Wirtschaftsminister gilt schon nach vierwöchiger Amtstätigkeit als Fehlbesetzung. Ihm wird selbst von Parteifreunden angelastet, das Volk nicht richtig auf Neuanfang und Aufbruch einstimmen zu können. Regierungschef de Maizière habe „eine ziemliche Wut“ auf Pohl, sagt ein Vertrauter, weil der nicht bringe, was man von ihm erwartet.

„Der Mann steht sich selbst im Weg“, kritisiert ein Kabinettskollege den wendigen Christdemokraten, der mit seiner Blitzkarriere aus der tiefen Niederlausitzer Provinz auf den Ost-Berliner Ministersessel offenbar überfordert ist.

Pohl müsse „hingehen zu den Leuten, den Mittelstand wachrütteln und Aufbruchstimmung verbreiten“, fordert ein westdeutscher Regierungsberater und erinnert an die Auftritte Ludwig Erhards in den fünfziger Jahren.

Als Erhards Enkel durchs Land zu ziehen ist allerdings keine Rolle, die der arbeitslose Textilingenieur glaubhaft spielen könnte. Bei Pohl klingt das so: „Wir müssen jetzt arbeiten und rechtliche



Centrum-Warenhaus in Dresden
Vom Westen zu bedienen

Rahmenbedingungen schaffen, damit wirtschaftliche Initiative wächst – das ist unsere einzige Aufgabe.“

Mehr als Stammtischgerede war von dem einstigen Blockpartei-Abgeordneten, der schon zu Honecker-Zeiten in der Volkskammer saß, auch nicht zu erwarten. Seit Mitte vergangener Woche kursieren in Ost-Berlin Ablösungsgerüchte.

Es wäre ein Bauernopfer, das da gebracht werden soll – eine kosmetische

Korrektur in einem deutsch-deutschen Regierungsbündnis, das bislang noch ein Konzept für den Wirtschafts-Notstand in der DDR sucht.

Keine Frage, das Abenteuer DDR fängt erst richtig an. Der politischen Umwälzung, die am 18. März einen vorläufigen Abschluß fand, folgt nun die andere, die ökonomische Revolution.

Die Abkehr von einer zentral gelenkten Miß-Wirtschaft wie der ostdeutschen birgt weitere Unwägbarkeiten. Bis jetzt ist nicht abzuschätzen, ob und wie die DDR-Bürger die neue wirtschaftliche Freiheit nutzen werden. Die Politiker in Bonn und Berlin machen sich Mut mit der Prognose, die Gewerbefreiheit würde der DDR quasi automatisch Zehntausende mittelständische Betriebe bringen; jene Beschäftigten, die von bankrotten Kombinatentlassen werden, würden bei den neuen Mittelstands-Firmen Arbeit finden.

Kann sein, muß nicht sein. Die fröhliche Rechnung hat eine gewichtige Unbekannte: die Menschen. Gibt es in der DDR wirklich genügend Talente, die, mit dem Wort des Nationalökonom Max Weber, die „kapitalistische Gesinnung“ besitzen oder erwerben; die Wagemut, Einsatzbereitschaft und Innovationsfreude einbringen?

„Die Mentalität von Millionen Menschen zu verändern, das geht nicht von heute auf morgen“, ahnt Elmar Pieroth, der West-Berater des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière.

Dennoch, es gibt gute Gründe für die Vermutung, daß diese kapitalistischen Tugenden trotz jahrzehntelanger Bevormundung nicht gänzlich abhanden gekommen sind. Zumindest bis Anfang der Siebziger wirkten in der DDR, anders als in der Sowjetunion, noch private Unternehmer; das kapitalistische Leitbild Bundesrepublik – übers Fernsehen, über private Kontakte und nach der Grenzöffnung durch eigene Anschauung vor Ort vermittelt – dürfte zudem so manchen zum Nachmachen anregen.

Der marktwirtschaftliche Urknall, kein Zweifel, wird in der DDR Kräfte freisetzen; er wird das östliche Deutschland allmählich an das Wohlstandsniveau des westlichen heranzuführen.

Doch völlig ungewiß ist, wie schnell dies geschieht; völlig ungewiß auch, wie groß die durch noch so sorgsame Politik nicht zu vermeidenden Reibungsverluste nach dem Umstellungs-Schock sein werden.

Sicher scheint nur: Die Phase, bis das Unberechenbare Ereignis wird, bis frei



Wartende im Leipziger Arbeitsamt: Alles Bestehende zerfällt

entscheidende Unternehmer den Wohlstand des östlichen Deutschlands nachhaltig mehrten, wird wohl einige Jahre länger währen, als manche im ersten Vereinigungstaumel geglaubt haben.

Das bringt gewaltigen politischen Druck, auch für die Regierenden in Bonn. Die D-Mark sollte die Menschen davon abhalten, in die Bundesrepublik überzusiedeln. Doch wenn die Zeit des Übergangs zu lang und zu hart wird, könnte die Zahl der Abwanderer schnell wieder anschwellen.

Kaum zu glauben, daß der Staat in dieser kritischen Zeit des Übergangs die DDR-Betriebe sich selbst und den gefräßigen Konkurrenten aus dem Westen überlassen kann. Die Vorstellung, daß nun die wundersamen Kräfte des Markts alles richten werden, geht in die Irre. Die Obrigkeit, die sich in der DDR als Unternehmer verabschiedet hat, bleibt als Beschützer gefragt.

Der Staat ist in der Pflicht, wenn DDR-Arbeitnehmer auf die Anforderungen einer modernen Wirtschaft umgeschult werden. Der Staat wird, solange es noch innerdeutsche Grenzen gibt, nicht umhin können, zumindest der Landwirtschaft mit Einfuhrlicenzen den Systemwechsel zu erleichtern; schließlich wird die Nahrungsproduktion auch im Westen vor außereuropäischer Konkurrenz geschützt.

Doch der Staat muß auch zahlen. Gefragt sind schnelle Geldspritzen, um in den nächsten Monaten den Unternehmen das Nötigste zu geben; benötigt werden langfristige Investitionsmittel, um auf mittlere Sicht die Chance zum Anschluß an westliche Produktivitätsnormen zu finden.



Arbeitsamt-Leiterin Gießner
„Die Stimmung ist explosiv“

Wer zahlt, ist längst klar. Die Bonner Regierung muß Übergangssubventionen gewähren. Und sie muß Kredite der Geschäftsbanken verbürgen; denn die Banker, die sich nun zwischen Rostock und Zwickau mit ihren Filialen breitmachen, werden auch in der DDR kein Geld verschenken.

Für den DDR-Berater Pieroth machen solche staatlichen Hilfen durchaus Sinn. Der Christdemokrat: „Das ist wirtschaftlich klüger und letztlich auch billiger, als die sozialen Kosten für Zwangsarbeitslose aufzubringen.“

Theo Waigel, der Bonner CSU-Kassenwart, sieht den Sachverhalt ganz anders. „Nach dem 1. Juli“, verkündete er markig auf dem Bankentag, „sind die Betriebe selbst für ihre Absatz- und Erfolgschancen verantwortlich.“ Doch da wird sich der Finanzminister noch wundern.

Unbezahlte Rechnungen

Moskau wehrt sich gegen die Nato-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands, ist aber für Kompromisse offen.

Im Bonner Auswärtigen Amt, zwischen Adenauer-Allee und Rhein, waren die Putzkolonnen am Werk. Im äußerlich unlängst renovierten Schlichtbau wurden die Fenster und die alten Linoleumbeläge gereinigt, und die seit Jahren unbeachtete Metallschulptur im Ministerflügel wurde endlich einmal entstaubt. Dem Verbindungsgang zwischen Hauptgebäude und Ministerflügel verpaßten Handwerker einen gelben Baldachin für Empfangszeremonien.

Das Amt, seit 1974 fest im Griff des weltweit dienstältesten Außenministers, Hans-Dietrich Genscher, rüstete sich für ein historisches Ereignis: den Auftakt der mit dem eingängigen Kürzel „Zwei plus Vier“ versehenen Konferenz der beiden Deutschlands mit den Siegermächten über die Vereinigung.

Fünf hohe AA-Bedienstete mußten für die erste Außenministerkonferenz über Deutschland seit 1959 vorübergehend auf gewohnten Komfort verzichten: Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer räumte ihr Amtszimmer für US-Außenminister James Baker, ihr Kollege Helmut Schäfer für Sowjetaußenminister Eduard Schewardnadse. Protokollchef Erhard Holtermann machte Platz für den Briten Douglas Hurd, der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Alois Jelonek, für den Franzosen Roland Dumas. Und bei Jeloneks Unterabteilungsleiter Dietrich von Kyaw kam DDR-Außenminister Markus Mekel unter. Gemeinsames Merkmal der Gastquartiere: Geräumigkeit, Vorzimmer und Nähe zum Konferenzraum, dem sogenannten Weltsaal.

Amtschef Genscher fühlte sich wieder mal obenauf. Das I-Tüpfelchen hatte vergangenen Donnerstag das Treffen der Nato-Außenminister in Brüssel gebracht, wo James Baker ankündigte, was sein Präsident George Bush anderntags offiziell bekanntgab: den Verzicht des westlichen Bündnisses auf die Modernisierung der überwiegend in der Bundesrepublik stationierten Kurzstreckenraketen vom Typ „Lance“ sowie der atomaren Artilleriemunition (siehe Kasten Seite 28).

Vor einem Jahr hatte es noch so ausgesehen, als hingen „Leben und Tod der gesamten freien Welt von der Lance-Modernisierung ab“ (Genscher). Den Deutschen drohte Isolierung. Nun freu-